

Auszug aus  
Plenarprotokoll 12/90  
Deutscher Bundestag  
Stenographischer Bericht  
90. Sitzung  
Bonn, Mittwoch, den 6. Mai 1992

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die Verträge mit der CSFR und mit Ungarn schließen sich an den Vertrag mit Polen vom Juni 1991 an. Der Prager Vertrag des P Jahres 1973 konnte im Rahmen des seinerzeit Möglichen nur einige Grundfragen des beiderseitigen Verhältnisses lösen. Erst der Wandel in Mittel- und Osteuropa hat den Weg für einen Nachbarschaftsvertrag freigemacht, der Grundlage für eine zukunftsorientierte Gestaltung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sein kann.

Die Föderalversammlung der CSFR hat dem deutsch-tschechoslowakischen Vertrag am 22. April mit großer Mehrheit zugestimmt.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich danke Präsident Havel und Außenminister Dienstbier für ihren Beitrag zum Zustandekommen des Vertrags und auch zu der breiten Zustimmung, die der Vertrag bei seiner Ratifizierung gefunden hat.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Der Freundschafts- und Partnerschaftsvertrag mit Ungarn gibt unseren Beziehungen eine neue Perspektive. Der historischen Freundschaft mit Ungarn wurde durch die Öffnung der Grenze für unsere Landsleute aus der früheren DDR im Spätsommer 1989 ein neues Kapitel hinzugefügt, das uns Deutschen für immer unvergeßlich bleiben wird.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden dem ungarischen Volk niemals vergessen, daß es als erstes den Eisernen Vorhang durchtrennt hat.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Die Verträge, die wir heute in erster Lesung behandeln, weisen - wie der schon in erster Lesung behandelte deutsch-bulgarische Vertrag und vor allem auch der deutsch-polnische Vertrag - über das jeweilige bilaterale Verhältnis hinaus. Sie verknüpfen unsere Beziehungen mit der gesamteuropäischen Entwicklung. Sie sind damit Elemente der gesamteuropäischen Architektur, die unserem Kontinent die Chance einer besseren, einer friedlichen Zukunft eröffnet. Diese Architektur wird nur dann Bestand haben, wenn sie sich auf die Achtung der Menschenrechte, der Minderheitenrechte und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gründet.

Gerechtigkeit erhöht ein Volk; das gilt auch für die Gemeinschaft der Völker. Von besonderer Bedeutung ist deshalb für uns, daß die Rechte der deutschen Minderheiten in der CSFR und in Ungarn entsprechend dem geltenden KSZE-Standard der Minderheitenrechte von Helsinki verbindlich verankert wurden.

Die in den Verträgen gefundenen Regelungen sind keine Endstufen. Sie sind für die Weiterentwicklung im Bereich der Minderheitenrechte offen. Der ausdrückliche Verweis in den Verträgen auf den KSZE Streitbeilegungsmechanismus bedeutet schon eine Fortschreibung des europäischen Standards der Minderheitenrechte.

Die Tschechoslowakei ist unser direkter Nachbar. Mit ihr haben wir die längste gemeinsame Grenze.

Unsere Völker verbindet eine lange Geschichte, die immer auch europäische Geschichte war, in der Prag zu der europäischen Stadt wurde, die sie bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Zu unserer gemeinsamen Geschichte zählen auch die dunklen Kapitel, vor allem in diesem Jahrhundert. Beide Seiten stellen sich in dem Vertrag auch diesen Erfahrungen. Sie tun das im Bewußtsein der historischen Wahrheit und in der Bereitschaft zum ehrlichen Umgang miteinander. Das geschieht nicht im Sinne einer gegenseitigen Aufrechnung von Schuld, sondern - ich zitiere die Präambel des Vertrages -:

. . . in dem festen Willen, ein für allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen und durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen.

Beide Seiten gedenken des Unrechts der Vertreibung, und das ohne jede Einschränkung. So bringt es der Vertrag zum Ausdruck. Keine andere Deutung findet in dem Vertrag eine Stütze. Keine andere Interpretation kann den Vertrag in dieser für das Rechtsbewußtsein so wichtigen Frage verändern.

Staatspräsident Havel hat uns mehrfach in beeindruckender Weise vor Augen geführt, was es heißt, sich auch zur Schuld des eigenen Volkes zu bekennen und dabei in die Zukunft gerichtete Lösungen der Probleme zu suchen, mit denen wir die Vergangenheit hinter uns lassen können.

Wir wollen auch in dieser Stunde nicht vergessen, was in deutschem Namen unseren Nachbarvölkern -auch in der CSFR - geschehen ist. Es gilt, was Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag zu unserer geschichtlichen Verantwortung gesagt hat. Vaclav Havel hat mit der Kraft des Geistes seinem Volk Hoffnung in schlimmer Zeit und auch die Kraft für Selbstbefreiung gegeben. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme hat er Deutschland besucht. Eindrucksvoller konnte dieser große Europäer den Willen zu einem neuen Anfang nicht bekunden.

(Beifall im ganzen Hause)

Für diese Haltung zollen wir dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten unseren Respekt. Wir wissen uns in dem Bemühen um die Bewältigung der Vergangenheit mit ihm einig. Nicht jede Frage konnte in dem Vertrag in einer Form gelöst werden, die alle Menschen zufriedenstellt; aber es ist gelungen, sie in einem zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestmöglichen Sinne zu regeln. Auch hier hätten wir mit einer Politik des Alles-oder-Nichts eine historische Chance verspielt. Auch hier muß das Vertrauen in die Zukunft stärker sein als die Schatten der Vergangenheit.

Eines der schwierigen Kapitel der Verhandlungen war die Frage vermögensrechtlicher Ansprüche. Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen haben wir uns darauf verständigt, daß sich der Vertrag nicht mit Vermögensfragen befaßt. Dies ist in einem ergänzenden Briefwechsel, der integraler Bestandteil des Vertrages ist, geschehen. Das entspricht der Regelung, die mit der Republik Polen getroffen wurde. Die Möglichkeit zur Niederlassung für Deutsche in der CSFR ist durch den ergänzenden Briefwechsel in der Perspektive der europäischen Einheit eröffnet worden. Beide Seiten sind sich einig, daß die fortschreitende Annäherung der CSFR an europäische Strukturen auch in diesem Punkt schon bald weitere Erleichterungen mit sich bringen kann.

Meine Damen und Herren, wir wollen die kritischen Fragen, die in unserer, aber auch in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Vertrag gestellt wurden und werden, nicht übersehen. Alles das macht uns bewußt, wieviel noch aufgearbeitet werden muß. Das bleibt eine Herausforderung für die Zukunft. Wir wollen nicht vergessen, daß erst eine kurze Frist vergangen ist, seit wir wieder offen und frei über wesentliche Fragen unserer bilateralen Beziehungen reden können. Vor uns liegt jetzt die wichtige Phase der Verwirklichung der Vertragsbestimmungen. Dabei können wir schon heute an viele praktische Resultate der Zusammenarbeit auf allen Ebenen anknüpfen.

Der nachhaltige Erfolg des Versöhnungswerks wird jedoch von der Bereitschaft aller Bürger abhängen, sich auch weiterhin an dieser Aufgabe entschlossen zu beteiligen. Gerade die Deutschen, die aus der angestammten Heimat vertrieben wurden, können auch in Zukunft einen Beitrag zum Werk der Versöhnung leisten. Ihren Willen zur Verständigung und Versöhnung haben sie schon in den bittersten Zeiten nach der Vertreibung bekundet. Sie haben dabei im Geist der jetzt vereinbarten Präambel des Vertrages gehandelt und so einen wichtigen Beitrag zu einem neuen Europa geleistet - in einer Zeit, als noch Kalter Krieg und ideologische Konfrontation unseren Kontinent beherrschten.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD)

Sie sind Brücke der Verständigung durch ihre Verbundenheit zur alten Heimat. Besonders gefordert ist die junge Generation beider Länder. Ihr vor allem wird es obliegen, das Versöhnungswerk zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken zu einem guten Ende

zu führen. Der Bundeskanzler hat der tschechoslowakischen Seite in Prag unsere Bereitschaft zur Gründung eines deutsch-tschechoslowakischen Jugendwerks mitgeteilt.

Der Vertrag mit Ungarn knüpft an die traditionellen, freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Ungarn an. Er würdigt Ungarns entscheidenden Beitrag, dem wir die Einheit Deutschlands in Freiheit mit. verdanken. Das ungarische Volk hat niemals den Glauben an seine Freiheit aufgegeben. Es hat dafür große Opfer auf sich nehmen müssen. Es hat sich über alle West-Ost-Konfrontationen hinweg seine Freundschaft zu uns Deutschen stets bewahrt. Es hat unseren Mitbürgern aus der damaligen DDR in einer beispiellosen Solidarität geholfen. Es hat mit großer Tapferkeit und Menschlichkeit des ganzen Volkes eine Gasse durch den Eisernen Vorhang gebahnt. Das verbindet unsere Völker noch mehr miteinander.

Dieses Gefühl hat unser Verhältnis sich in den vergangenen Jahren besonders eng entwickeln lassen. Die Regelung der Rechte der deutschen Minderheit in Ungarn kann als beispielhaft in Europa gelten. Die Ungarndeutschen nehmen heute eine Brückenfunktion im bilateralen Verhältnis ein. Auch dafür bietet der Vertrag eine solide Grundlage.

Wir wollen durch umfassende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten den Prozeß der demokratischen Stabilität und der wirtschaftlichen Erneuerung stärken. Die umfassenden Verträge mit der CSFR, mit Ungarn, aber auch mit Bulgarien und Rumänien sind in die Zukunft weisende Verträge. Sie tragen vielen wichtigen deutschen Anliegen und gleichzeitig den verständlichen Interessen unserer Partner an Unterstützung und an neuen vertraglichen Bindungen auf ihrem Weg nach Europa Rechnung.

Vorrangiges Ziel der Außenpolitik unserer Vertragspartner in Mittel- und Südosteuropa ist ihre Entwicklung hin zur Europäischen Gemeinschaft. Der Abschluß der Assoziierungsverträge der Europäischen Gemeinschaft mit Polen, mit der CSFR und mit Ungarn im Dezember letzten Jahres war eine bedeutsame Etappe auf diesem Weg. Die Präambel der Assoziierungsverträge wie auch unsere bilateralen Verträge weisen auf das Ziel einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft hin. Mit der gleichen Zielsetzung müssen bald auch die Verhandlungen zwischen der EG und Bulgarien und Rumänien, aber auch den anderen Staaten Mittel- und Südosteuropas über Assoziierungsabkommen aufgenommen werden.

Auch im Bewußtsein ihrer europäischen Zielsetzung, nicht nur wegen ihrer Bedeutung für das deutsch-tschechoslowakische und deutschungarische Verhältnis, möchte ich Sie, meine Damen und Herren, bitten, den Gesetzentwürfen zu den Verträgen mit der CSFR und Ungarn Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Einbringung der Verträge mit der CSFR und Ungarn spreche ich zum letzten Mal in meiner Eigenschaft als Bundesminister des Auswärtigen vor diesem Hohen Hause. Ich habe dafür zu danken, daß ich in meiner Zeit als Außenminister immer auf die konstruktive Mitarbeit aller Seiten dieses Hauses rechnen konnte, auch, wenn um wichtige Entscheidungen hart gerungen werden mußte. Das hat gewiß den breiten Konsens über die Grundlinien der deutschen Außenpolitik ermöglicht, der gerade für ein Land in unserer Lage von so großer Bedeutung ist. Ich habe mich dabei um Fairneß gegenüber allen Kollegen bemüht. Diejenigen, bei denen mir das nicht gelungen ist, bitte ich um Nachsicht.

Vor allem danke ich Ihnen allen für das Verständnis und für die Unterstützung der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes, zuletzt bei der Verabschiedung des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst.

Mit meinem Rücktritt will ich einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, die Verantwortung in den höchsten Staatsämtern nur auf Zeit überträgt, leisten. Zu dieser Verantwortung gehört es auch, sich selbst in freier Entscheidung die zeitlichen Grenzen zu setzen. 18 Jahre, meine Damen und Herren, sind eine lange Zeit.

In dieser Zeit hat sich Europa grundlegend verändert. Dafür, daß ich in diesen Jahren deutscher Außenminister sein durfte, empfinde ich tiefe Dankbarkeit. Daß in diese Zeit die staatliche Vereinigung Deutschlands fiel, macht meine Dankbarkeit vollkommen. Ich empfinde das genauso wie für die Überwindung der Trennung Europas.

Ich habe das Ziel der Vereinigung Deutschlands immer im Herzen getragen. Es hat mein Handeln bestimmt. Ich habe es in jedem Jahr vor den Vereinten Nationen bekräftigt. Ich habe es immer als ein europäisches Ziel verfolgt. Jeder Versuch, dies im nationalen Alleingang zu erreichen, hätte Europa in neues Unglück gestürzt und uns Deutschen die letzte Chance für die Einheit genommen. Das dürfen wir, meine Damen und Herren, niemals vergessen.

Die Ziele der deutschen Außenpolitik sind eindeutig formuliert. Sie sind durch unser Grundgesetz und durch unsere europäischen, transatlantischen und internationalen Einbindungen und Verpflichtungen vorgegeben. Die sich darauf gründende Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik, die auf einem weitreichenden Konsens beruht, sind ein kostbares Gut. Die Fortentwicklung dieser Politik in einer sich ständig verändernden Welt wird auch in Zukunft eine gemeinsame Herausforderung bleiben. An der Diskussion darüber will ich mich gerne beteiligen.

Wir dürfen dabei niemals vergessen: Nicht nur die deutsche Einigung verlangte den europäischen Weg, auch das vereinte Deutschland kann immer nur als europäisches Deutschland sein eigenes Glück und seinen eigenen Frieden bewahren und zum Glück und Frieden der anderen Völker beitragen.

Europa zu einen und dem Frieden der Welt zu dienen, so gibt es uns unser Grundgesetz auf. Es verlangt auch, daß wir die Gesinnung, die sich auf die Werte unserer Verfassung gründet, allen Menschen und Völkern entgegenbringen: welcher Kultur, Nationalität, welcher Hautfarbe sie auch sein mögen, ob sie in ihren Heimatländern leben oder bei uns. Nur wer zu innerem Frieden, Toleranz und Achtung vor dem Nächsten fähig ist, kann auch den äußeren Frieden bewahren.

Wir Deutschen wollen europäisches Denken und Handeln gegen neuen Nationalismus setzen. Wir setzen auf Solidarität und Brüderlichkeit, gegen neuen nationalen Egoismus. Wir stellen europäische Gesinnung gegen neue Überheblichkeit. Die Geister von gestern lassen sich nicht durch Nachgiebigkeit und Opportunismus besänftigen, nicht bei uns und nicht anderswo.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Demokraten müssen ihnen überall mutig entgegentreten.

Die deutsche Außenpolitik wird die Erwartung der Verlässlichkeit und der Berechenbarkeit am besten erfüllen, wenn sie die Grundwerte unserer Verfassung stets achtet. Dann ist die Wahrung der eigenen Interessen nicht Machtpolitik, sondern Politik der Verantwortung.

Brüderlichkeit und Solidarität - nur so wird das neue Europa entstehen können, nur so werden wir den Menschen in der Dritten Welt gerecht werden. Brüderlichkeit und Solidarität, Menschlichkeit und Verständnis - wir werden sie auch brauchen, wenn wir Deutschen nach der staatlichen Vereinigung unsere innere Einheit finden wollen. Auch dabei möchte der Abgeordnete Hans-Dietrich Genscher in Zukunft mitwirken.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Abgeordneten erheben sich)

## STIMMEN AUS REGIERUNG UND PARLAMENT

Präsidentin **Dr. Rita Süßmuth**: Herr Bundesminister Genscher, Sie haben in diesem anhaltenden und spontanen Applaus den Dank nicht nur für viele Jahre, sondern auch für entscheidende Leistungen ihrer Amtstätigkeit entgegengenommen. Es ist allerdings heute nicht der Tag, Sie zu verabschieden oder Sie gar als Abgeordneten aus unseren Reihen zu entlassen. Deswegen lasse ich es heute dabei bewenden. Noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause.)

Auszug aus der Rede von **Dr. Peter Glotz** (SPD): Da dies Ihre letzte Rede war, Herr Bundesminister, will ich deutlich sagen: Sie waren ein Stabilitätsanker der deutschen Außenpolitik in unterschiedlich geführten Regierungen. Dafür gebührt Ihnen der Dank des Deutschen Bundestages, auch der sozialdemokratischen Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will nicht verhehlen - Herr Kollege Voigt wird das im einzelnen ausführen -, daß die Politik der letzten drei Jahre unsere Zustimmung nicht in gleichem Maß gefunden hat wie die der vorherigen fünfzehn. Die fragwürdige Art, wie der Golfkrieg, der serbisch-kroatische Krieg, der Konflikt mit der Türkei ehändelt wurde, sind Zeichen einer Unsicherheit deutscher Außenpolitik. Aber man kann 18 Jahre Amtszeit - ein ganz außergewöhnliches Faktum in der Parlamentsgeschichte - nicht nur nach den letzten drei Jahren, so wichtig sie waren, beurteilen. Mir als Person ist es so gegangen, daß ich Einwände der CSU gegen die Außenpolitik der Bundesregierung über viele Jahre meistens als abwegig betrachtet habe. Bei den allerletzten Äußerungen von Bundesminister Waigel in seiner Eigenschaft als CSU-Vorsitzender ist mir das nicht ganz so gegangen. Aber das mindert nicht die Gesamtwertung einer großen Leistung für den deutschen Parlamentarismus und für die deutsche Außenpolitik, die wir als Sozialdemokraten ausdrücklich würdigen.

Auszug aus der Rede von **Dr. Karl-Heinz Hornhues** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Außenminister, lieber Herr Genscher, Sie haben heute Ihre letzte Rede als Außenminister hier im Parlament gehalten. Sie konnten dies tun als erster Außenminister des geeinten Deutschlands vor dem ersten frei gewählten Parlament des vereinten Deutschlands. Man spürte, wie stolz Sie waren, daß Sie an der deutschen Einheit mitgewirkt haben, so wie wir alle stolz sind, daß es in der Zeit, in der wir politisch handeln können, gelungen ist, dies alles zu erreichen.

Lieber Herr Genscher, lieber Herr Außenminister, ich möchte Ihnen für meine Fraktion - dies sage ich jetzt im Blick auf die Jahre, in denen wir uns in der Opposition befanden - für jenen konstruktiv-kritischen Dialog danke sagen, den wir häufiger miteinander zu führen hatten, der aber nicht hinderte, daß wir später in zehn Jahren der Zusammenarbeit in der christlich-liberalen Koalition - wenn auch nicht immer konfliktfrei - in entscheidenden Fragen die Dinge gemeinsam durchgefochten haben.

In diesen Tagen haben Sie viel Lob zu hören bekommen. Sie sind gerühmt worden – weitgehend zu Recht.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD -

Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Weitgehend!)

Mir ist nur aufgefallen, Herr Außenminister, daß einige Sie besonders heftig lobten und Ihren Rücktritt mit gewaltigen Beschreibungen versahen, die Ihren Eintritt in diese Koalition, der Sie jetzt zehn Jahre angehören, als etwas beschrieben haben, was für einen Politiker nicht schmähhlicher, schimpflicher und schlimmer sein konnte. Weil dem so ist und man Ihnen jetzt

viele gute Worte mitgibt, möchte ich für mich - ich möchte niemanden sonst in Anspruch nehmen - an das erinnern, was ich an Ihnen am beeindruckendsten gefunden habe. Das war die Art und Weise, wie Sie jene Trennung aus der einen Koalition und den Übergang in die andere Koalition, bezogen auf eine Sachfrage, durchgestanden haben, als es darum ging, gemeinsam für unser Land die Basis dafür zu schaffen, daß all das, was wir jetzt haben, erreicht werden konnte. Ich meine jene Schlacht - so muß man beinahe sagen - um den NATO-Doppelbeschluß, von dem jeder, der heute den alten Falin in Moskau besucht, von diesem und anderen aus jener alten Zeit erfährt, daß er entscheidende Voraussetzung dafür war, daß sich die Sowjetunion wandelte und im Rahmen dieses Wandels alles das möglich wurde, was wir heute feiern, dessen wir uns freuen, belobigen und rühmen: die deutsche Einheit, gewaltige neue Perspektiven für Europa, von denen wir bis vor kurzem nur zu träumen wagten, und eben auch die beiden Verträge, über die wir heute zu sprechen haben. Herr Außenminister, ich möchte Ihnen dafür danken, daß Sie in jener schwierigen Zeit um dieser Frage willen einen Weg durchgestanden haben, der für Sie persönlich sehr hart war. Das hat heute mancher vergessen. Deswegen gestatte ich mir persönlich, Ihnen für jene Zeit und das, was da gewesen ist, Dank zuzusagen, wo die Basis für vieles gelegt wurde, was wir heute, wie ich schon sagte, so gerne belobigen.

Auszug aus der Rede von **Dr. Hermann Otto Solms** (F.D.P.): Nun steht sie unter einem besonderen Stern. Denn es ist der Tag, an dem Hans-Dietrich Genscher als Außenminister seine letzte Rede in diesem Hause hält, eine Gelegenheit, ihm, der dies alles maßgeblich mitgestaltet hat, Dank zu sagen. Die vorliegenden Abkommen tragen seine Handschrift. Ohne ihn wäre es nicht zu dieser Debatte, nicht zu diesem Erfolg gekommen.

Der Gestalter Genscher ist sprichwörtlich geworden. Das Wort Genscherismus, am Anfang keineswegs schmeichelhaft gemeint, ist inzwischen Markenzeichen einer Außenpolitik, die nach Stresernannscher Art das Wünschbare zum Machbaren werden lässt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bundespräsident von Weizsäcker hat den Begriff Genscherismus vor zwei Jahren anlässlich der Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille als Ehrentitel; bezeichnet. Pragmatismus und Flexibilität, Erfassen der richtigen Strömungen mit feinem Instinkt und mit einem Verstand, der immer ein Stück weiter denkt als die Neunmalklugen im In- und Ausland, das sind die Eigenschaften, die man Hans-Dietrich Genscher mir Recht nachsagt. Dank dieser Befähigung wurde er von Anfang an zum Motor der Öffnung und der Entkrampfung gegenüber dem Osten. Dadurch wurde ein Verständigungspolitik, wurden insbesondere die Realisierung und Umsetzung der Ostverträge der 70er Jahre erst möglich. Grundlagen seines Handelns waren dabei stets die Einbindung in den Westen, die Loyalität zum Bündnis und die Mitwirkung am Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft.

Vom Beginn seiner Amtszeit an vor nunmehr 18 Jahren stand sein Name für den KSZE-Prozeß, den Beitritt beider deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen und zum Atomwaffensperrvertrag, das unbeirrte Festhalten am ABC-Waffenverzicht, den NATO-Doppelbeschluß sowie den auf dieser Basis möglichen Fortschritt bei den Abrüstungsverhandlungen, den Vertrag über die Vernichtung der atomaren Mittelstreckenraketen und den Verzicht auf die sogenannte Modernisierung der Kurzstreckenwaffen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hervorzuheben ist vor allem auch die Weitsicht, beizeiten die Chancen zu erkennen, die sich in der Person Gorbatschows, in Perestroika und Glasnost boten.

Untrennbar verbunden mit den Namen Kohl und Genscher sind der Vollzug der deutschen Einheit und die hierzu erforderlichen Weichenstellungen. Genscher ist als Erfinder des Zwei-plus-Vier-Prozesses der außenpolitische Architekt, man kann sagen: der Kunstschmied des Einigungswerkes.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Jazzband des Auswärtigen Amtes hat im übrigen, so höre ich, aus diesem Anlaß den Zwei-plus-Vier-Blues, ein bleibendes musikalisches Geschenk gemacht.

(Heiterkeit)

Schaut man sich seine Erfolgsbilanz an, so entdeckt man mehrere rote - oder soll ich sagen blau -gelbe Fäden, von denen zwei der wichtigsten unmittelbar auf die Präambel des Grundgesetzes zurückzuführen sind. Dort heißt es in der ursprünglichen Fassung:

. . . von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk . . . dieses Grundgesetz . . . beschlossen. E hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Genscher selbst hat gesagt, daß es ihm vergönnt war, den einen Teil dieser Vision, die Wiedervereinigung nämlich, mit zu verwirklichen und den anderen Teil, die Einigung Europas, spätestens nach Maastricht auf einen unumkehrbaren Weg zu bringen. Sein Verdienst war es, die untrennbare Verknüpfung beider Visionen zur politischen Maxime zu machen, aus der Erkenntnis heraus, daß ein vereintes Deutschland nur in einem geeinten Europa Akzeptanz und Zukunft finden kann. Er hat jedoch mehr auf den Weg gebracht. Vielen erscheint es heute so, als sei der Umsturz der Jahre 1989/90 wie eine glückliche Fügung des Schicksals über Europa hereingebrochen. Gewiß, den Zeitpunkt hat man nicht vorhersehen können, und keiner konnte ahnen, daß dann alles so schnell und plötzlich vor sich gehen würde. Aber es war nicht nur Schicksal. Es war auch Menschenwerk.

Es war ein Geflecht von Handlungen und Interaktionen, ein Netzwerk menschlicher und politischer Kontakte, welche die Öffnung Europas erst möglich gemacht haben. Der Name Genscher ist hiermit untrennbar verbunden.

Lassen Sie mich den Bogen zurückschlagen zu den beiden vorliegenden Verträgen. Auch in der Zeit, als der Kalte Krieg Ende der 70er Jahre wieder aufzuleben schien, haben Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick zusammen mit Fraktionskollegen und anderen Politikern die Kontakte zu Ungarn und zur Tschechoslowakei nie abreißen lassen. Da geschah manches, was, ohne an die große Glocke gehängt zu werden, Vertrauenstatbestände schuf und zugleich den Menschen Hoffnung gab, nicht zuletzt auch im anderen Deutschland. Diese Hoffnung besagte: Es gibt eine Alternative, und eines Tages werdet ihr die Freiheit haben, diese Alternative zu wählen.

Wie hätte es zu den Szenen der Grenzöffnung in Ungarn, wie zu der die Menschen ergreifenden Balkonerklärung in Prag kommen können, wenn sich nicht schon über Jahre hinweg Veränderungen angebahnt hätten, die nunmehr greifbar wurden?

Vor allem aber ist Genscher von Anfang an treibende Kraft des KSZE-Prozesses gewesen. Er hat dieses Schnittmuster eines kooperativen Europas entscheidend entworfen. Die Kräfte des Beharrens im Osten suchten in der KSZE lediglich ein Instrument, um die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene Scheinordnung zu stabilisieren. Für die meisten unserer westlichen Partner dagegen ging es vor allem darum, den Korb Menschenrechte und, wenn möglich, die Destabilisierung der östlichen Regime zu bewerkstelligen. Daß diesen im Konkurrenz-, wenn nicht sogar im Konfrontationsdenken verharrenden Kräften über Jahre hinweg dennoch ein kooperativer Prozeß abgerungen wurde, ist Genschers Werk. Daß der Zerfall der östlichen Systeme einerseits durch die Folgen des KSZE-Prozesses beschleunigt wurde, die neuen Demokratien andererseits sofort einen Bezugsrahmen fanden, ist doppeltes Verdienst der KSZE.

Noch vor einem Zeitraum, der nach Monaten gezählt ist, galt vielen gerade im Westen die KSZE wenn schon nicht als Ausgeburt des Genscherismus, so doch günstigstenfalls als ein nützliches Forum unter vielen anderen. Heute hingegen hat sie 52 Mitglieder und findet als

überwölbendes gesamteuropäisches Modell einschließlich der auszubauenden Krisenmechanismen wachsende Anerkennung.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Auf Genscher ist auch der NATO-Kooperationsrat zurückzuführen, der den östlichen Nachbarn ein Stück Sicherheitsperspektive gibt. Die Hilfe für die US-Staaten, das Konzept für den Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in den neuen Demokratien tragen seine Handschrift.

Schließlich hat Hans-Dietrich Genscher maßgeblich dazu beigetragen, daß durch die Aussicht auf einen EG-Beitritt für unsere unmittelbaren Nachbarn im Osten und Südosten und hier insbesondere für die beiden heute in unserem Blickfeld stehenden Staaten das Tor zum Europa der Zukunft weit aufgestoßen wurde.

Lieber Herr Genscher, die Mitglieder der F.D.P.-Bundestagsfraktion freuen sich, daß Sie politisch aktiv bleiben wollen, wie Sie zum Ausdruck gebracht haben, und daß wir weiter auf Sie zählen können. Wir könnten uns auch noch gar nicht vorstellen, wie wir Politik betreiben ohne Ihre manchmal deutlich, manchmal weniger deutlich einwirkende Hand.

(Beifall bei der F.D.P. -

Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD]: Zur Zeit betreiben Sie ja auch keine!

Denn es gilt sicherzustellen, daß die politische Linie, die mit Ihrem Vorgänger Walter Scheel begonnen hat, in einer Kontinuität liberaler Außenpolitik weitergeführt werden kann. Wer jetzt eine neue Außenpolitik fordert, hat die alte nicht verstanden oder nicht gewollt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Die Leitlinien lauten unverändert: Deutschland darf nicht im Alleingang handeln, nur eine enge Abstimmung mit den Freunden in der Gemeinschaft und im Bündnis schafft Vertrauen und Handlungsspielraum. Dabei ist die Beziehung zu unserem transatlantischen Partner ebenso maßgeblich wie die unverbrüchliche Freundschaft mit Frankreich.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Zweifellos!)

UNO und KSZE sind die Rahmen, innerhalb der wir mitgestaltend wirken, die Instrumente verbessern und uns gegebenenfalls an Streitschlichtungen und friedensstiftenden Maßnahmen beteiligen wollen. Deutschland muß sich seiner gewachsenen Verantwortung stellen und darf gerade auch in diesem Bereich keine Sonderrolle beanspruchen.

(Beifall der F.D.P. und des Abg. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU])

Nur wenn wir schließlich unserer umfassenden Verantwortung für unsere eigene Umwelt und für die Dritte Welt gerecht werden, erweisen wir uns als unserer eigenen Zukunft würdig. Gerade auch durch die Verabschiedung der heute zur Debatte stehenden Verträge ohne jedes Wenn und Aber wird sicherlich der eingeschlagene Kurs einer Außenpolitik bewahrt, die von der Koalition gemeinsam fortzusetzen ist. In einer Welt im Umbruch, die nach neuen Orientierungspunkten sucht, müssen Kontinuität und Berechenbarkeit entscheidende Merkmale des politischen Handelns bleiben.

Sie, lieber Herr Genscher, wollen jetzt Ihre ungebrochene Tatkraft den neuen Bundesländern, vor allem der inneren Vereinigung Deutschlands, widmen. Die F.D.P.-Fraktion wünscht Ihnen, daß der Erfolg bei dieser schönen und herausfordernden Aufgabe, einer Aufgabe, die allen Deutschen am Herzen liegt, Ihr Lebenswerk krönen möge.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Auszug aus der Rede von **Dr. Hans Modrow** (PDS/Linke Liste): Was auch zur jüngsten bundesdeutschen Außenpolitik zu sagen wäre: Ich möchte Ihnen persönlich, Herr Außenminister Genscher, meinen Respekt erweisen und Ihnen Dank sagen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Auszug aus der Rede von **Gerd Poppe** (BÜNDNIS 90/GRÜNE): Den solchermaßen intendierten Verträgen stimmt die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN deshalb vorbehaltlos zu, und auch wir möchten es uns nicht nehmen lassen, an dieser Stelle die Verdienste Hans-

Dietrich Genschers für die Neugestaltung des Verhältnisses zu den mittel- und osteuropäischen Staaten ausdrücklich zu würdigen.

Auszug aus der Rede von **Dr. Jürgen Warnke** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies, Herr Kollege Genscher, war Ihre letzte Rede vor dem Deutschen Bundestag

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Als Außenminister!)

in Ihrer Funktion als Außenminister, in der Sie heute gesprochen haben. Ich möchte Ihnen sagen: Da Schicksal gab den Deutschen die Chance, die Einbeziehung unseres Vaterlandes herbeizuführen, Als dies Stunde kam, konnten Sie sie nutzen. Sie hatten zu einer Zeit vorgearbeitet, als das Wort Wiedervereinigung in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik Deutschland verpönt geworden war.

(Jochen Feilcke [CDU/CSU]: Leider auch hier im Hause!)

Sie konnten gemeinsam mit Helmut Kohl, Theo Waigel und Michail Gorbatschow im Kaukasus Geschichte schreiben. Daß wir heute über Verträge eines geeinten Deutschlands mit den Ländern Mittel- und Osteuropas beraten, ist Ihr Verdienst.

Ich benutze auch diese Gelegenheit, Ihnen Namen der CSU-Landesgruppe für Ihr politisches Lebenswerk Dank auszusprechen, das ein politisches Lebenswerk für Deutschland, für Europa und für eine, Entwicklung in Frieden, in Achtung der Menschenrechte und in Freiheit weltweit gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Auszug aus der Rede von **Günter Verheugen** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es entspräche der historischen Wahrheit, wenn ich sagen würde: Hier spricht ein Genscherist der ersten Stunde. Das bezieht sich nicht nur auf den 18. Mai 1974 - ich habe das schon fast vergessen -, sondern schon auf frühere Jahre.

(Zuruf von der CDU/CSU: Seien Sie doch einmal nett zu Herrn Genscher!)

Ich bin ganz froh, daß wir heute ein Thema haben, das unter uns ganz unkontrovers ist; sonst hätte ich wahrscheinlich eine Beißhemmung.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Das ist aber bei Ihnen selten!)

- Herr Bötsch, ich muß mich ja nicht mit Ihnen auseinandersetzen. Da könnte es mir vermutlich nicht passieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Danke gleichfalls!)

...

Meine Damen und Herren, das Stichwort „Konsens“ führt mich ganz zwanglos zu dem anderen Thema, vielleicht dem eigentlichen Thema dieser Debatte, jedenfalls dem, was die Öffentlichkeit vermutlich stärker interessiert, zu Hans-Dietrich Genscher. Ich habe sehr beeindruckend gefunden, was Sie, Herr Genscher, uns am Schluß Ihrer Rede noch gesagt haben. Das war nicht ein außenpolitisches Programm oder ein Konzept, sondern eigentlich Ausdruck einer inneren Haltung, mit der wir an die Gestaltung unserer Rolle in der Welt herangehen wollen. Ich denke, daß Außenpolitik natürlich kein konfliktfreier Raum sein darf, obwohl Sie das immer gerne so gehabt haben. Schon früher war es Ihnen lieber, wenn die Außenpolitik aus dem Streit der Parteien herausgehalten wurde. Ich kann das auch gut verstehen. Sie kann aber auf Dauer kein konfliktfreier Raum sein. Über Prioritäten wird man immer streiten müssen. Aber daß die Haltung, mit der wir an die Außenpolitik herangehen, einem breiten Konsens unterliegen sollte, glaube ich schon auch.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/

GRÜNE und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das, was Sie mit Stichworten wie Brüderlichkeit und Solidarität gegenüber der Dritten Welt, Behutsamkeit, her auch Verantwortung in Europa über das gesagt haben, was uns auferlegt ist, nämlich nicht Muskeln, sondern immer eine helfende Hand zu zeigen, sind Grundsätze, an die wir uns halten können, an denen wir uns leicht orientieren können und von denen ich

hoffe - und ich weiß, daß es so sein wird -, daß sich auch Ihr Nachfolger im Amt, der aus der gemeinsamen Schule kommt, sicherlich daran orientieren wird. Herr Kinkel ist nicht mehr hier; sonst hätte ich ihm gern gesagt, daß er, was dies angeht, auf die konstruktive Zusammenarbeit auch mit der Opposition rechnen kann.

(Ulrich Irmer [F.D.P.): Wir sagen es ihm!)

Herr Genscher, Sie haben uns ja versprochen oder angedroht, daß es nicht Ihre letzte Rede hier war.

(Zuruf von der CDU/CSU: Versprochen!)

Wir werden also noch die Möglichkeit haben, die Gedanken zu vertiefen. Ich würde mich jedenfalls darüber freuen.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Auszug aus der Rede von **Karsten D. Voigt** (Frankfurt) (SPD): Sie, Herr Genscher, haben in dieser Debatte zum letzten Mal das Wort ergriffen. Ich möchte Ihnen aus diesem Anlaß für die Jahre der guten und fairen Zusammenarbeit, anfangs in der gemeinsamen Regierungskoalition und später im konstruktiven Wechselverhältnis zwischen Regierung einerseits und Opposition andererseits, nachdrücklich danken.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Die von uns gemeinsam begonnene und später in der Koalition mit der CDU/CSU im Grundsätzlichen kontinuierlich fortgesetzte Entspannungspolitik hat sich mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts und mit dem Fall der Mauer in Berlin als konzeptionell weitsichtig und zugleich als realistisch erwiesen. Dies sage ich all denen, die jetzt die Entspannungspolitik im nachhinein in Frage stellen wollen. Aber mit den heute zur Beratung anstehenden Verträgen wird zugleich die erfolgreiche Vollendung wie auch der Abschluß der Entspannungspolitik symbolisiert.

Es geht nicht um einen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik. Im Gegensatz zur CSU sind wir der Meinung, daß ein außenpolitischer Kurswechsel die in den vergangenen Wochen im In- und Ausland lautgewordenen Zweifel an der Berechenbarkeit und Seriosität deutscher Politik nur noch verstärken würde. Es geht also nicht um einen Kurswechsel, wohl aber um eine konzeptionelle Erneuerung und einen neuen Realismus in der deutschen Außenpolitik.